

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

An die christlich-nationale Arbeiterchaft Deutschlands!

Kolleginnen und Kollegen!

An einigen Stellen ist es aus Unlaß der Kürzung der Brotzation in den letzten Tagen zu Arbeitsniederlegungen gekommen. Mit aller Entschiedenheit muß dagegen Stellung genommen werden. Keine ArbeitsEinstellung vermag auch nur ein Gramm Brot mehr herbeizuschaffen.

Draußen tobt die größte Schlacht der Weltgeschichte. Unsere unverdrossenen Feinde, Engländer und Franzosen, holen zum letzten entscheidenden Schlage aus, um uns zu vernichten. Unsere Väter, Brüder und Söhne halten unter unerhörten Opfern und Strapazen Tag und Nacht bei Regen und Sturm, oft ohne Nahrung, stand. Mit ihren Leibern schützen sie Heimat und Herd, halten den Feind von Deutschlands Grenzen fern. Generalfeldmarschall von Hindenburg sagt mit Recht, „daß jede noch so unbedeutend erscheinende ArbeitsEinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungsmacht bedeutet und sich als eine unsühnbare Schuld am Heer und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten muß, darstellt“. Jede ungenützte Arbeitsstunde verlängert den Krieg. Wo die Munition mangelt, müssen unsere heldenmütigen Soldaten mit ihren Leibern die lebendige Abwehr bieten; mit ihrem Blut und hoffenden Leben müssen sie die Lücke jeder ArbeitsEinstellung begleichen.

Welcher deutsche Arbeiter hat den Mut, diese furchtbare Schuld auf sich zu laden? Die christlich-nationale Arbeiterbewegung lehnt jede Verantwortung für dieses gewissenlose Treiben ab und wendet sich aufs schärfste dagegen.

Das Ausland greift gierig nach jeder Nachricht, die den Anschein erwecken könnte, als ob in Deutschland innere Unruhen ausbrechen. In der Zeit, wo der U-Boot-Krieg seine Wirkung auf die Feinde ausübt, wo wir unsere wirtschaftliche Widerstandskraft durch die Ausbringung von dreizehn Milliarden Mark Kriegsanleihe beweisen, greift der Feind wie ein Strömender nach jedem Strohhalm, um seine Stuppen zum Ausbarren anzuspannen und seine verzweifelt Wölfer zu beruhigen.

Kolleginnen und Kollegen! Haltet euch vor jeden dunklen Kräfte, die unter dem Deckmantel der Lebensmittelnotte politisch-revolutionäre Ziele erstreben! Stretet diesen Treibern aufs entscheidendste entgegen und erfüllet nach wie vor eure Pflicht!

Wir haben freu zu Waffen und Reich und in unserer tapferen Streitkräften. Ihnen weisen wir unsere Arbeitskraft in Ehren und Ehre, in Ruh und Ehre. Keine Opfer, auch wenn es noch so hoch ist, darf uns

von dem Wege der Pflicht abbringen, den uns die gewaltige Zeit gehen läßt.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Schiffer, Behrends,
Vogelsang, Imbusch, Wieber, Wiedeberg, Gutsche, Curtscheid, Margarete Behm, Giesberts, Stegerwald,

Wer zahlt die Beche?

In Berlin und sonstwo ist es aus Unlaß der Verkürzung der Brotzation zu größeren ArbeitsEinstellungen, vornehmlich in der Rüstungsindustrie, gekommen. Gewiß ist diese Verkürzung ein harter Schlag. Sie ist viel härter, als wie die landwirtschaftlichen Leser der „Deutschen Tageszeitung“ annehmen, weil sie während der langen Dauer des Krieges noch nicht empfinden haben, was Hunger heißt. Gerade diese Kreise haben am allerwenigsten Recht zu einem Urteil über das Verhalten der Arbeiter. Jeden, dem es um den guten Ausgang des Krieges zu tun war, mußte dafür sorgen, daß die Brotzation nicht noch mehr verkürzt zu werden brauchte.

Diese Verkürzung stellt ohne Zweifel die stärkste Belastungsprobe dar. Es trifft nicht das Entscheidende, wenn die „Kreuz-Zeitung“ auf die Schwerarbeiterzulage hinweist, wodurch die Schwerarbeiter das in Friedenszeiten verzehrte Quantum Brot erreichten. Es trifft das gar nicht zu. Sobald ist zu beachten, daß die übrigen Lebensmittel ebenso knapp sind, und daß die Schwerarbeiterzulage wohl in den meisten Fällen mit im Familienverband verbraucht wird. Wer erwachsene Kinder zu ernähren hat, empfindet den Mangel des Brotes mehr wie alles andere.

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Verkürzung der Brotzation nicht der alleinige Anlaß der Arbeitsniederlegung gewesen ist. Das geht deutlich aus einem Artikel des „Vorwärts“ hervor. Neben der Unzufriedenheit mit der Verkürzung der Brotzation führt der „Vorwärts“ die großen „weltpolitischen Ereignisse“ an, womit gewiß die russische Revolution gemeint sein soll. Daran anknüpfend sagt er, daß mit den angekündigten „innerpolitischen Fortschritten“ nicht mehr gezögert werden solle.

Der Wink ist deutlich. Die Streikbewegung mit diesen Dingen in Zusammenhang zu bringen, zeigt uns deutlich die dahinterstehende Absicht. Uns dritter Moment wird vom „Vorwärts“ die „Heftige Friedenssehnsucht“ ins Feld geführt. Es ist dringend nötig, auch hier die erforderliche Reserve einzuschalten, worauf wir später kommen. Zunächst wird damit der Anschein erweckt, als ob mit ArbeitsEinstellungen die deutsche Regierung zum Friedensschluß gezwungen werden soll. Bedrängt von unseren Feinden von außen und Vellen der eigenen Soldaten im Innern: Was für ein Friede soll dabei für das deutsche Volk herauskommen?

Hat diese ArbeitsEinstellung praktischen Zweck? Ist sie als von vernünftigen Gehirnen eingeleitet zu bezeichnen? Dient sie den Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der deutschen Arbeiterchaft? All dies ist rundweg zu verneinen.

Wir haben keinen Zweifel daran, daß wenn die ArbeitsEinstellung so groß war, daß wir die höchsten Brotzation zulassen, in der Lage waren, den größten Teil der Verkürzung der Brotzation mit dem Reich zu zahlen, daß wir die Verkürzung

mühten. Zum kleineren auch die unrechtmäßige Verwirtschastung in den Selbstbewirtschaftungsverbänden. Wenn jetzt durch die Presse Mitteilungen gehen, über die im allgemeinen richtigen Angaben der Landwirte bei der Nachprüfung ihrer Getreidebestände, und die landwirtschaftlichen Organe dies zu ihren Gunsten ins Feld führen, so soll man sich dadurch nicht irre führen lassen. Die Verfüterung ist während des Herbstes und des Winters vor sich gegangen. Es ist jetzt nichts mehr da, deshalb konnte auch nicht viel mehr gefunden werden, wie angegeben war. Gewiß, hätte die Regierung die Nachprüfung viel früher vorgenommen, wäre das Unglück wahrscheinlich zu verhindern gewesen.

Wer wird mit einem Streik eine Vergrößerung der Brotzation herbeigeführt? Nein, ganz gewiß nicht. Die Regierung würde zu der Verkürzung nicht gegriffen haben, wäre sie nicht dazu gezwungen gewesen. Die Schwere dieses Entschlusses war ihr wohl in seiner ganzen Tragweite bekannt, es wäre ihr sicher lieber gewesen, wenn sie nicht zu dieser Maßregel zu greifen brauchte. Es blieb ihr jedoch nichts anderes übrig. War mit der ArbeitsEinstellung etwa eine Verbesserung der mangelhaften Verteilungs- und Erfassungsmethoden unserer Lebensmittel möglich? Auch dieses nicht. Gerade in letzter Zeit ist an der Verbesserung der Organisation zur Erfassung und Verteilung unserer Lebensmittel gearbeitet worden. Es konnte sich nur darum handeln, die Arbeiter an der Geschäftsführung dieser Organisation zu beteiligen, ihnen Einblick in dieselbe zu gewähren, um sich von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Aber bedarf es dazu erst eines Streiks? Weder mehr Brot wurde mit dieser ArbeitsEinstellung geschaffen, noch eine bessere Organisation unserer Lebensmittel herbeigeführt.

Kommen wir zur Vergrößerung der „innerpolitischen Fortschritte“. Wir wollen vorausschicken, daß wir glühende Anhänger einer Umgestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse sind. Diese Notwendigkeit ist uns noch nie so klar geworden, wie in dieser Kriegszeit. Und wir sind überzeugt, daß, wenn alles beim alten bliebe, dies die schwersten innerpolitischen Wirren nach sich ziehen würde, die Regierung die gesamte Arbeiterchaft geschlossen gegen sich stehen habe. Aber ist jetzt die Zeit dazu, diesen Forderungen etwa mit einem Streik Nachdruck zu verleihen? Lehnen wir die Erreichung politischer Fortschritte mit den Mitteln der ArbeitsEinstellung grundsätzlich ab, so ist die Anwendung in gegenwärtiger Zeit erst recht jeder politischen Einsicht bar. Damit werden die Interessen des Arbeiterstandes ungemein gefährdet, aber auch eine politische Wirkung nach außen erzielt, die das gesamte deutsche Volk schädigen muß.

Wir gehören keineswegs zu denen, die sagen: Sich recht brav, damit ihr für euer Wohlverhalten größere politische Rechte beanspruchen könnt. Wir gehören aber auch nicht zu denen, die den Gegnern der Verteilung größerer politischer Rechte an die Arbeiter die Hasen in die Künge treiben wollen. Gerade diesen mußte ein derartiges Vorgehen willkommen sein, und der Widerhall in ihrer Presse bekräftigt uns das. Nur ein Konto an politischer Reife und politischer Voraussicht konnte diese ArbeitsEinstellungen mit den großen „weltpolitischen Ereignissen“ und der inneren politischen Neuordnung in Zusammenhang bringen. Für eine russische Revolution ist in Deutschland keine Grundlage. In Deutschland hat die Arbeiterchaft aber auch mehr zu verlieren, als die „ihre Reiten“. Das ist in sozialdemokratischen Blättern während des Krieges mit Nachdruck hervorgehoben und mit Belegen belegt worden. Unsere Soldaten, die durch den Krieg in die Lage versetzt wurden sind, Bestände zu bilden

unseren eigenen und den Verhältnissen anderer Staaten anzustellen, haben den großen Unterschied zu unseren Gunsten kennen gelernt. Ueber allen Dingen steht Deutschland. Unser Vaterland mit russischen Zuständen auch nur in Zusammenhang zu bringen, wirkt herabsetzend. Wir haben ferner keine Veranlassung, die Bestrebungen unserer Feinde, Zwietracht zwischen Volk und „Kaiserliche Regierung“ zu säen, auch nur scheinbar zu unterstützen. „Kaiserliche Regierung“ und „preussischer Militarismus“ sind die Schlagworte unserer Gegner, die sie mit bestimmter Absicht für das Nichtzustandekommen des Friedens ins Feld führen. Sie glauben, mit der ständigen Wiederholung dieser Schlagworte Helfer für ihre eigenen Pläne im deutschen Volk selbst zu finden. Wird diesen Absichten kein Vorschub geleistet, wenn die Arbeitseinstellungen mit den „großen weltpolitischen Ereignissen“ und dem „innerpolitischen Fortschritt“ in Zusammenhang gebracht werden? Wenn wird damit gebient, welche Hoffnungen werden damit genährt und was wird damit erreicht? Sicherlich wird damit doch nur unseren Gegnern gebient, die sich sagen, der Hunger und die Unzufriedenheit mit den innerpolitischen Verhältnissen ist seine zerstörende Wirkung im deutschen Volk aus; warten wir ab, der Zusammenbruch ist nicht mehr weit.

Politische Reife mußte sich diese Gründe vor Augen führen und entsprechend handeln. Nur Unreife und mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl konnte zu dem unternommenen Schritt führen. Ober fehlt der Mut und die Kraft, dunklen, verbrecherischen Kräften offen entgegenzutreten? Daß dunkle Kräfte am Werke gewesen sind, die vielleicht für ihren Dienst vom feindlichen Ausland Bezahlung erwarten, ist kaum zu bezweifeln. Sie nutzten einen günstigen Nährboden aus. Es ist daher auch nicht richtig wenn der „Vorwärts“ jagt, die Streibewegung sei spontan entstanden. Nein, die Absicht war Wochen vorher bekannt. Das gibt der „Vorwärts“ in einer vorhergehenden Nummer selbst zu.

Dem innerpolitischen Fortschritt wird unseres Erachtens mit Arbeitseinstellungen kein Dienst geleistet. Es wird ihm im Gegenteil ein bitter Beigeschmack verliehen. Es werden damit Sympathien und Energieen verschert, auf die die Arbeiterschaft in ihrem Vorwärtstreben nicht leicht verzichten kann. Die politische Reaktion aber fühlt neuen Kräftezuwachs. Die konservativ-agrarische Presse hat gewiß am wenigsten Veranlassung zu einem frommen Augenwischschlag. Ihre Lebensmittelpolitik lief in ihrer Wirkung auf eine passive Resistenz der Landwirte und auf die Erleichterung der Durchführung behördlicher Verfügungen hinaus, was im Endeffekt einer Arbeitseinstellung gleich kommt. Weil dieses bekannt ist, ist es ihr besonders willkommen, daß das allgemeine Lob über das Verhalten der Arbeiterschaft während des Krieges einen Riß bekommen hat.

Käme noch der letzte Grund, der zu der Arbeitseinstellung beigetragen haben soll, die „tiefe Friedenssehnsucht“ des Volkes. Gewiß sehnt sich das deutsche Volk nach Frieden. Aber liegt in dem Bekenntnis des „Vorwärts“ nicht eine geradezu unübersichtbare Gefahr für das deutsche Volk? Wollen unsere Truppen, will das deutsche Volk nur Frieden um des Friedens willen, einen Frieden um jeden Preis, oder einen Frieden, der seine Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit sicherstellt? Es scheint auch heute noch nicht in sozialdemokratischen Massentreifen Klarheit darüber zu bestehen, um was sich dieser Krieg dreht und was dem deutschen Volke bevorsteht, wenn es nicht zu einem Frieden kommt, der seiner zukünftigen Entwicklung Rechnung trägt. Es ist ein gefährliches Schlagwort, keine „Annexion und keine Kriegsentwägungen, es trage jeder seine eigenen Waffen“. Weiß man denn, was dies bedeutet, welche Lasten und dieses bringt? Wir haben keine Veranlassung zu dieser Selbstbescheidung, nachdem die Absicht unserer Gegner klar zutage liegt: wirtschaftliche und politische Unterordnung des deutschen Volkes, Vereinfachung der Wirtschaft, Unterwerfung, um auf unserer Seite und Arbeitseinstellung zu setzen und hierdurch die Wirtschaft zu lähmen. Das ist die Absicht unserer Gegner. Darunter liegt die Unterordnung des deutschen Volkes, Vereinfachung der Wirtschaft, Unterwerfung, um auf unserer Seite und Arbeitseinstellung zu setzen und hierdurch die Wirtschaft zu lähmen. Das ist die Absicht unserer Gegner.

Ansehen zu erwecken, unsere Regierung durch Arbeitseinstellungen zum Friedensschluß zwingen zu wollen. Das würde kein Friede werden, der dem deutschen Volke frommt.

Ueber 200 000 Arbeiter haben in Groß-Berlin gestreikt. Zum überwiegenden Teil gehörten sie der Rüstungsindustrie an. Gewiß, die Arbeitseinstellung hat nur einige Tage gedauert. Aber was sind einige Tage in dieser schweren Zeit? Die 60-70 000 Granaten, die in diesen Tagen nicht hergestellt werden konnten, werden unseren Truppen fehlen. Das ist das Betrübenste, daß unsere Krieger diese Beche in erster Linie zu bezahlen haben. Die schwersten Kämpfe dieses Krieges wüthen an unserer Westfront, und gerade in diesen Tagen die Arbeitseinstellung! Das ist Wasser auf die Mühle unserer Feinde. Wo uns die Munition fehlt, muß so viel deutsches Blut mehr fließen, blühendes Leben stirbt dafür hin. Kann man dieses verantworten? Welchen Einbruch muß dieses Verhalten auf unsere Truppen im Felde und auch auf unsere Führer ausüben? Sicherlich keinen günstigen! Wir haben wirklich alle Veranlassung, mehr denn je das Bild der Einigkeit und Geschlossenheit nach außen zu zeigen. Die Entscheidung des gewaltigen Weltendramas naht, verschmerzen wir uns nach all den gewaltigen Opfern nicht selbst den Erfolg.

Hindenburg an die Rüstungsarbeiter

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Croener, folgendes Schreiben gerichtet:

„In den letzten Tagen waren mir Arbeitseinstellungen in einer großen Zahl der Berliner Fabriken für Kriegsgerät gemeldet worden. Aus den Mitteilungen Ev. Excellenz ersehe ich zwar, daß mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsniederlegung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfange aus Gründen der Ernährungslage überhaupt möglich war, zwingen mich zu folgenden Ausführungen:

Die Gesamtbevölkerung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Brotportion schwer getroffen. Ich zweifle aber nicht, daß die gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Fleischration und die nunmehr wieder einsetzende regelmäßige Belieferung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotmenge gelten können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungsteile und Behörden sich des Ernstes der Lage bewußt sind, und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen.

Um so weniger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeitseinstellung sein. Ich halte es für meine Pflicht, Ev. Excellenz darauf hinzuweisen, daß bei der gegenwärtig auf der Westfront auszukämpfenden Schlacht eine ungeminderte Erzeugung von Kriegsmaterial aller Art, die allem anderen voranstehende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutende erscheinende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unsühnbare Schuld am Heer und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt. Ich bitte Ev. Excellenz darum mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklichster Weise gefördert wird und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Aufklärung der Rüstungsarbeiter betriebl. wird, die mir die erste Vorbedingung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint. Gev. von Hindenburg.“

Generalleutnant Croener hat an die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Gesamtvorstand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, den Verband der deutschen Gewerksvereine, die polnische Veräinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht folgendes Schreiben gerichtet:

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mir das in Abschrift beigelegte Schreiben überreicht, das ich gleichmäßig der Tagespresse zur Veröffentlichung zur Verfügung lasse. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der beruflichen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalleutnant in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu betreiben. Eine solche Grundlage für den Erfolg der Rüstungsindustrie ist die Erhaltung der Rüstungsindustrie. Die Rüstungsindustrie ist die Grundlage für den Erfolg der Rüstungsindustrie. Die Rüstungsindustrie ist die Grundlage für den Erfolg der Rüstungsindustrie.

des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich des bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgesehene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nur eine Notmaßnahme, sondern auch Pflicht ist, die gebracht hat. Dabei beweise ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgefühl und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft hollen Widerhall finden wird. Gev. Croener.“

Hinterbliebene Kriegsverschollener und Reichsversicherung

Fällt ein Kriegsteilnehmer, der der Invalidenversicherung angehört, so haben seine Hinterbliebenen selbstverständlich Anspruch auf die von der Reichsversicherungsordnung gewährten Hinterbliebenenrenten. Die invalide Witwe kann die Witwenrente beanspruchen, und die Kinder unter 15 Jahren erhalten die Waisenrente.

Das macht weiter keine Schwierigkeiten, wenn der Tod des Mannes einwandfrei festgestellt ist. Wie aber, wenn sichere Kunde seines Todes nicht vorliegt, wenn er vermißt und verschollen ist?

Die Reichsversicherungsordnung enthält eine Bestimmung, nach der es im höchsten Interesse der Hinterbliebenen liegt, ihre Rentenansprüche möglichst bald nach dem Tode des Ernährers geltend zu machen. Denn die Witwen- und Waisenrenten werden für die Regel nur dann vom Ableben des Versicherten an bezahlt, wenn zwischen diesem Tode und der Stellung des Antrags auf Gewährung der Renten nicht mehr als ein Jahr verstrichen ist. Stellen die Hinterbliebenen den Antrag später, so werden die Renten immer nur für ein Jahr rückwärts, vom Eingange des Antrags an gerechnet, bezahlt.

Nehmen wir an, ein Kriegsteilnehmer ist seit 1. September 1914 vermißt. Am 1. März 1916 stellt sich einwandfrei heraus, daß er am 1. September 1914 tatsächlich gefallen ist. Sofort reichen nun seine Angehörigen Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrenten ein. Sie können jedoch die Renten nur für die Zeit vom 1. März 1915 an erhalten, für die Zeit vom 1. September 1914 bis 1. März 1915 gehen sie leer aus. Denn um die Renten vom Tode des Gefallenen an erhalten zu können, hätten die Ansprüche spätestens am 1. September 1915 angemeldet werden müssen.

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Regelung im höchsten Grade unbillig ist und unerwünschte Härten zeitigt. Wohl könnten ja die Hinterbliebenen sofort, wenn sie in der Verlustliste bei dem ihnen teureren Namen den Vermerk „Vermißt“ lesen, Antrag auf die Rente stellen. Aber wer will ihnen solches zumuten? Vermißt ist noch nicht tot. Unzählige Male ist der Vermißte wieder aufgetaucht, und die Angehörigen müßten es sich als Viehlosigkeit und Gefühllosigkeit anrechnen, wenn sie sofort auf solche zweifelhafte Nachricht hin den im Felde Gebliebenen verloren gäben und der Versicherungsanstalt ihre Rechnung präsentierten. Es wäre sittlich außerordentlich bedenklich, wenn den Hinterbliebenen von Vermißten daraus Rechtsnachteile erwachsen sollten, daß sie sich an der Hoffnung, der Vermißte lebe noch, mit allen Kräften festklammern.

Nun sieht allerdings die Reichsversicherungsordnung eine Ausnahme von dieser strengen Regel für den Fall vor, daß die Hinterbliebenen durch Verhältnisse, die außerhalb ihres Willens liegen, verhindert sind, den Antrag auf Gewährung der Rente rechtzeitig zu stellen. Was versteht man aber unter solchen Verhältnissen? Fällt darunter auch die Kriegverschollenheit? Eine starre Rechtsprechung kann es verneinen, hat es auch schon, soviel bekannt, verneint.

Hier hat der Bundesrat durch die Erlassung ergänzender Vorschriften eine klare Rechtslage und einen befriedigenden Rechtszustand geschaffen. Durch die Bundesratsbestimmung vom 12. Mai 1916, die rückwirkend vom Beginne des Krieges an in Kraft tritt, ist bestimmt, daß die Hinterbliebenen dann als verhindert gelten, den Antrag rechtzeitig zu stellen, wenn der Kriegsteilnehmer vor der Feststellung seines Todes vermißt war. Bei Kriegverschollenheit sollen also die Hinterbliebenenrenten in vollem Umfange gewährt werden können, auch wenn zwischen dem Tode des Verschollenen und dem Antrage auf die Gewährung der Rente eine längere Frist als ein Jahr verstrichen ist.

Nehmen wir an, ein Kriegverschollener wird seit 15. August 1914 vermißt. Am 20. Mai 1916 wird auf Grund amtlicher Nachrichten sein Tod, der tatsächlich am 15. August 1914 erfolgt ist, in das Erbverzeichniß eingetragen. Hier können die Hinterbliebenen noch bis zum 20. August 1916 den Antrag auf Gewährung der Rente stellen und bekommen in diesem Falle die gesamte Rente vom 15. August 1914 an. Stellen sie dagegen den Antrag erst am 1. Mai 1917, so bekommen sie die Rente nur vom 1. Mai 1916 an.

Rente vom 15. August 1914 bis 1. Mai 1916

Ober am 1. Mai 1917 wird durch Gerichtsurteil... Rentner für tot erklärt und als Zeitlebender seines Todes der 20. September 1914 festgesetzt.

Wahrscheinliche Schwierigkeiten wie bei den Hinterbliebenenrenten erhoben sich auch bei dem Wittwengeld.

Much für die Beanspruchung des Wittwengeldes... Die Frist von einem Jahre vom Tode des Mannes an.

Eine Zeitgrenze muß aber natürlich auch hier für die Stellung des Rentenanspruchs gesetzt werden.

Von dem Tage an, wo dann das Hindernis in solcher Weise als beseitigt gilt, haben dann die Hinterbliebenen noch drei Monate Zeit zur Antragstellung.

Allgemeines

Das Ergebnis der Kriegsanleihe. Die letzte Kriegsanleihe hat den größten Erfolg vor aller vorhergegangenen: 12 Milliarden 770 Millionen Mark.

Table with 2 columns: Kriegsanleihe, Wert in Millionen Mark. Rows 1-6 showing values like 14 480, 9 100, 12 767, 10 000, 12 770.

Das ist ein Ergebnis, auf welches das deutsche Volk stolz sein kann. Es ist ein überzeugender Beweis seiner finanziellen Kraft und des Willens zum Durchhalten bis zum Siege.

Seine Sozialpolitik vom 1. August 1914 bis zum 1. Mai 1916 wird mitgeteilt. Die Sozialdemokratische Partei...

Arbeitsamt einlaufenden Gesuche um Befreiung oder Zurückstellung vom Hilfsdienst geben Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen: Eine Befreiung oder Zurückstellung...

Arbeitervertreter in den Lebensmittelkontrollstellen. Wie der 'Berl. Sozial-Anz.' mitteilt, hat der Leiter des Kriegsamts, General Groener, den einzelnen Bundesregierungen den Vorschlag gemacht...

Bauarbeiterbewegung in Skandinavien. In Stockholm sind die Bauarbeiterorganisationen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 20 Oere pro Stunde.

Die Krachschläger. Auf der Gothaer Osterkonferenz der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft machte der Abgeordnete Lebebour folgendes Bekenntnis: 'Parteiengenossen, ich bin kein Gegner von Krach machen.'

Ist das kein reizendes Bildchen? Und es trifft so sehr die Wahrheit.

Der Deutsche Rad- und Motorfahrerverband 'Concordia' im Kriegsjahr 1915/16. Der Bericht läßt trotz der 24 Monate Weltkrieg den Erfolg einer kräftigen Organisation des erst vor sieben Jahren gegründeten Sportsverbandes ersehen.

Die Preise auf dem Bekleidungsmarkte. Infolge der Lebensmittelnot ist den Vorgängen auf dem Bekleidungsmarkte bisher nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet worden.

zahlte 1915 15 Prozent und 1916 20 Prozent und 100 Prozent Bonus, also 120 Prozent Dividende. Aber erst beim Kleinhandel sehen die einschränkenden Bestimmungen ein.

Milch- und Butterbewirtschaftung. Da das Verbot des Butterns ohne durchgreifende Wirkung blieb, wurden im Kreise Jüterbog-Ludowalbe zunächst in den Gemeinden, die keine Milch an die Molkereien lieferten...

Unsere bisherige Deleinfuhr. Insbesondere während der Kriegszeit haben wir die Erfahrung gemacht, daß wir mit unserer Deleinfuhr sehr stark vom Auslande abhängig sind.

Table: Deleinfuhr. Columns: Deleinfuhr, Wert der eingefuhrten Früchte, Mil. Mark. Rows: Reinsaat und Mehl, Rapra, Palmkerne, Raps und Rüben, Sesam, Erdnüsse, Baumwollsaamen, Sojabohnen, Zusammen.

Aus unserer eigenen Ernte (Reinsamen, Raps und Rüben) gewannen wir im Jahre 1913 nur mehr 178 000 Doppelzentner Del, d. h. nur ein Zehntel der erwähnten Einfuhr.

Table: Die Einfuhr an Delsamen und Früchten verteilte sich hauptsächlich auf folgende Länder. Columns: Mil. Mark, China, Niederländisch-Indien, Ägypten, Vereinigte Staaten.

Aus Britisch-Indien kamen hauptsächlich Raps und Rüben, Sesam, Erdnüsse, Rapra, Reinsaat, aus Britisch-Afrika Erdnüsse und Palmkerne, aus Argentinien Reinsaat, aus Rußland Bein- und Hansaat, aus China Sesam und Sojabohnen, aus Niederländisch-Indien Rapra, aus Ägypten Baumwollsaamen.

Wirtschaftliche Bewegung

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und die Erhöhung der Steuernzulage.

Die 18. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die am 19. April in Berlin tagte, hat folgenden Beschluß gefaßt:

Die Hauptversammlung ist damit einverstanden, daß seitens des Bundes mit den Arbeiterzentralverbänden über eine Erhöhung der im Mai 1916 vereinbarten Kriegszulagen verhandelt wird.

Wir können mitteilen, daß inzwischen die Verhandlungen über die Erhöhung der Steuernzulage unter Mitwirkung des Reichsamts des Innern begonnen haben, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind.

Eine neue sozialdemokratische Partei

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat sich auf einer Konferenz in Gotha zu einer selbständigen Partei konstituiert. In den Organisationsgrundsätzen heißt es: Die Gewerkschaft führt eine Zentralleitung...

